

100. Umweltministerkonferenz

am 12. Mai 2023

in Königswinter

TOP 29

Schutz der Ostsee

Beschluss:

1. Die Umweltministerkonferenz erinnert an ihren Beschluss zu TOP 19 der 97. Sitzung von November 2021 und stellt fest, dass unsere Meere weiterhin von multiplen Belastungen betroffen sind und eine Verbesserung ihres Zustands nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen gelingen kann. Hierzu ist der Dialog mit der Fischerei, der Landwirtschaft, der Wirtschaft und vielen weiteren Akteuren zur nachhaltigen Reduzierung der Belastungen von entscheidender Bedeutung für ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen.
2. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder begrüßen den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 24. März 2023 zum Verbot des Einsatzes von Dolly Ropes in der Fischerei und schließen sich der Bitte an den Bund an, sich mit Nachdruck für ein Verbot des Einsatzes von Dolly Ropes auf europäischer Ebene einzusetzen. Sie bitten die Bundesregierung, den Bericht zur Herbst-Agrarministerkonferenz auch der Umweltministerkonferenz vorzulegen und sehen es als wünschenswert an, auch weitere Maßnahmen wie die Bergung von Geisternetzen gemeinsam anzugehen.
3. Die Umweltministerkonferenz ist der Auffassung, dass gesunde Meeresökosysteme von herausragender Bedeutung für den Klimaschutz und für den Erhalt und die Wiederherstellung der Biodiversität sind. Der bessere Schutz unserer Meere muss daher eine grenz- und sektorenübergreifende Aufgabe sein.
4. Die Umweltministerkonferenz betont, dass die Ostsee aufgrund ihrer Eigenschaften als Brackwasser-Randmeer sowie aufgrund des geringen Wasseraustausches besonderer Anstrengungen zur Verbesserung ihres Schutzes bedarf. Die Verringerung der Nährstoff- und der Schadstoffeinträge sowie die Einrichtung von Ruhe- und Rückzugsräumen für Arten und Lebensräume sind dabei besonders in den Fokus zu nehmen.

100. Umweltministerkonferenz

am 12. Mai 2023

in Königswinter

-
5. Die Umweltministerinnen, -minister, -senatorinnen und der -senator der Länder begrüßen hinsichtlich standortspezifisch steigender Schadstoffeinträge aus Munitionsaltlasten die bereits ergriffene Initiative des Bundes bezüglich einer Lösungsentwicklung zur Bergung und umweltverträglichen Entsorgung von Munitionsaltlasten aus den Meeren und unterstreichen ihre Bitte an den Bund, zwecks Erprobung und Entwicklung geeigneter Technologien zunächst die Ostsee hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahmen zu priorisieren.